# Für eine neue Haltung

## Grüne Konzepte für den ländlichen Raum

Bericht von der Veranstaltung „Grüne Politik für die Tierhaltung von morgen“ in Münster, 3.11.2012

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
Bezirksverband Westfalen

Bericht von der Veranstaltung „Grüne Politik für die Tierhaltung von morgen“ in Münster, 3.11.2012

Am 3. November hat die Grüne Bundestagsfraktion mitten in unserem schönen Westfalen in den Räumen der Münsteraner Stadtwerke eine Konferenz unter der Überschrift „Grüne Politik für die Tierhaltung von morgen“ veranstaltet. Dass die Grünen mit diesem Thema genau den Nerv der politischen Debatte getroffen haben, hat das große Publikumsinteresse eindrucksvoll belegt; ca. 200 TeilnehmerInnen sind gekommen, um diese Debatte im großen Saal, aber auch in den drei Fachpanels zu führen. Der Grüne Bezirksverband Westfalen hat die Konferenz intensiv mit begleitet und dokumentiert, weil dort folgende wesentliche Fragen für die zukünftige Entwicklung der ländlichen Räume thematisiert wurden: Wie können wir die weitere Expansion von Tierfabriken auf dem Land verhindern? Wie schaffen wir tiergerechte Haltungsbedingungen? Wie reduzieren wir den Antibiotikaeinsatz in den Ställen und verhindern die Ausbreitung multiresistenter Keime? Welche Chancen haben Lebensmittel aus ökologisch-bäuerlicher Herstellung am Markt, und wie kann Politik bessere Rahmenbedingungen schaffen? Zu diesen Themenstellungen haben ExpertInnen referiert, TeilnehmerInnen munter diskutiert, und unsere PolitikerInnen haben sich positioniert. All das findet sich zusammengefasst auf den nachfolgenden Seiten wieder. Wir wünschen Euch viel Spaß und Erkenntnisgewinn beim Lesen.

Eure
Dagmar Hanses und Adrian Mork
*Bezirkssprecherin* *Bezirkssprecher*

Adrian Mork

Dagmar Hanses, MdL

## Erhalten, was uns erhält

Renate Künast stellte zu Beginn ihrer Einführungsrede die notwendigen Veränderungen in der Landwirtschaft und Agrarpolitik in den Zusammenhang mit der ökologischen Transformation im 21. Jahrhundert. „Die Landwirtschaft hat noch immer ein von den Lobbys verfochtenes Saubermann-Image, dabei trägt die gesamte Lebensmittelwirtschaft erheblich zur Schädigung des Klimas, zum Artenverlust und zu sozialen Ungerechtigkeiten etwa im Zusammenhang mit land grabbing bei." Künast mahnte zu einem Paradigmenwechsel: Statt Umweltverschmutzung, systematischer Tierquälerei und verlogener Idylle verlange die Gesellschaft eine Landwirtschaft, die erhält, was uns erhält, die Lebensmittel zum Wertschätzen und Genießen produziert und hohe Qualitäts- und Sicherheitsstandards einhält. Insbesondere der Dauereinsatz von Antibiotika in der Tierhaltung sei unhaltbar: „Das System ist krank, nicht das Tier."

Künast betonte, die Grünen wollen dezidiert das Thema Fleischproduktion zu einem Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit machen. „Wir wollen über die wahren Preise sprechen: Was steckt hinter dem Kotelett für 99 Cent, welche Folgen hat unser Happy Meal auf Natur, Umwelt und ländliche Räume?" Das Unbehagen in der Gesellschaft über die Hintergründe unseres Fleischhungers habe erheblich zugenommen: „36% der Weltgetreideernte landet heute im Futtertrog, während eine Milliarde Menschen hungert. Dazu kommt, dass wir bis zu einem Drittel unserer Lebensmittel wegwerfen!" Länder wie Argentinien und Brasilien würden immer mehr zum Rohstofflager für die Fleischproduktion. Allerdings verdienen an dieser Entwicklung nicht die Kleinbauern. Besonders gravierend sind aus Sicht der Grünen die Folgen des Einsatzes von Totalherbiziden im Zusammenhang mit dem Gensoja-Anbau. „Wir haben mit Frauen aus der Region Cordoba in Argentinien gesprochen, in deren Dörfern immer mehr Menschen an Krebs erkranken und immer mehr Kinder mit Missbildungen zur Welt kommen – das sind Hintergründe der globalen Fleischproduktion, die stärker in unser Bewusstsein dringen müssen!"

Künast kritisierte die Ausrichtung der schwarz-gelben Landwirtschaftspolitik auf immer mehr Fleisch. „In den letzten 10 Jahren hat sich Deutschland zum Fleischermeister Europas entwickelt. Wir haben in dieser Zeit unsere Fleischexporte verdoppelt." Die Region nördlich von Münster habe sich zum „Hähnchen-Gürtel" entwickelt, ein Begriff, den es vor ein paar Jahren noch gar nicht gab. „Die vormalige nordrhein-westfälische Landesregierung hat die Tierzahlen bewusst nach oben getrieben, alle Fortschritte, die Bärbel Höhn beim Tierschutz erreicht hatte, achtlos beiseitegeschoben und die Genehmigung neuer Stallbauten immer weiter beschleunigt. Jetzt macht sich Johannes Remmel an die Aufräumarbeiten." Die Fehlentwicklungen der letzten Jahre gipfele in den Hermesbürgschaften der Bundesregierung für Hühnerknäste in der Ukraine, Weißrussland und Usbekistan, die weder deutschem noch europäischem Recht entsprechen.

Künast hob hervor, dass im Zuge der anstehenden EU-Agrarreform endlich der Grundsatz „öffentliche Gelder nur für öffentliche Leistungen" verwirklicht werden müsse. „Wir dürfen nicht länger 40% des EU-Haushaltes für das Falsche ausgeben, insbesondere die 2. Säule muss deutlich gestärkt und Direktzahlen vollständig an ein ambitioniertes Greening gebunden werden." Wenig erwartet sich Künast von Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner, die gemeinsam mit dem Bauernverband die Ciolos-Vorschläge massiv bekämpfe. Auch beim Tierschutzpaket sei die Ministerin entgegen der großen Ankündigungen am Ende total gescheitert. „Auch nach zehn Jahren wartet das Staatsziel Tierschutz im Grundgesetz auf seine konkrete Umsetzung, noch immer ist es geltendes Recht, Tiere eng zu stellen, zu amputieren, stundenlang zu transportieren und im Akkord zu schlachten. Das ist der immerwährende Skandal des Systems Massentierhaltung, an den Aigner nicht rangeht."

## Der Mensch als Anwalt der Schöpfung

Mit zunehmender Erkenntnis werden die Tiere den Menschen immer näher sein. Wenn sie dann wieder so nahe sind wie in den ältesten Mythen, wird es kaum mehr Tiere geben.

*(Elias Canetti, Literaturnobelpreisträger 1981)*

**Thesen:**

In der jüdisch-christlichen Überlieferung kommt dem Tier selbstverständlich eine kreatürliche Würde zu; diese ist eingebunden in eine biblische Anthropologie:

1. Mensch und Tier sind radikal aufeinander bezogene und voneinander abhängige Geschöpfe und Partner Gottes innerhalb des einen Bundes; innerhalb des 7-Tage-Werkes werden Menschen und die Tiere des Landes am 6. Tag geschaffen. **Die „Krone der Schöpfung" ist nicht der Mensch, sondern der Sabbat;**

2. das Tier hat seinen eigenen Ort in der Schöpfung und zudem ein Verhältnis zum Schöpfer, das die Signatur der Gott-Unmittelbarkeit trägt und sich dadurch wesentlich vom Menschen unterscheidet; nur der Mensch wird aus dem Garten Eden vertrieben; **der „Aufenthaltsort" der Tiere nach dem Sündenfall ist „Diesseits von Eden".**

Sowohl die Gott-Ebenbildlichkeit des Menschen als auch der Herrschaftsauftrag sind Einweisungen in die Verantwortung, durch die sich der Mensch grundsätzlich vom Tier unterscheidet. Die Begriffe „herrschen über (radah)"/ „untertan machen (kabas)" (Gen 1,26-28) sind Attribute eines guten Hirten oder Königs. Die Anwaltschaft des Menschen für die Schöpfung und somit für die Tiere ist ein Wesensmerkmal des Menschen. Seine Sorge um eine umfassende Gerechtigkeit muss auch das Wohl der Tiere im Blick behalten. In der biblischen Anthropologie steht der Mensch zwischen Tier und Engel; erinnert erstes an die gemeinsame Herkunft aus der Schöpferhand Gottes, führt zweiter in die Verantwortung. Der neue Mensch Jesus beginnt im Markusevangelium sein Wirken, nachdem er 40 Tage in der Wüste lebte: „Er lebte bei den wilden Tieren, und die Engel dienten ihm" (Mk 1,13). Sein Auftrag an die Jünger lautet: „Verkündet das Evangelium allen Geschöpfen!" (Mk 16,15). In der Neuzeit ist diese Wertschätzung für das Tier verloren gegangen: Aus den beseelten Mitgeschöpfen des Menschen wurden „seelenlose Automaten"; aus der natürlichen Mitwelt die eine Ressource des Menschen und aus Gott, dem „Liebhaber des Lebens" die höchste Vernunft, die nur der Mensch erreichen kann. Eine theologische Würdigung des Tieres will im interdisziplinären Diskurs die biblisch fundierte Verantwortungsethik stark machen und die Konsequenzen aus der unleugbaren Verwandtschaft von Mensch und Tier für die Theologie bedenken; zugleich geht es darum, das Engagement der Kirche im Bereich „Bewahrung der Schöpfung" zu verstärken. Eine Tierhaltung, die weder die geschöpfliche Würde des Tieres, noch seine individuellen Bedürfnisse beachtet – die Tiere zur Masse degradiert – ist zutiefst fragwürdig.

**Dr. Reiner Hagencord**
*Leiter des Instituts für zoologische Theologie in Münster*

## Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Der ländliche Raum verkommt zunehmend zu einem Gewerbegebiet der industriellen Massenproduktion von Fleisch, Milch und Eiern. Intensivtierhaltungsanlagen schießen wie Pilze aus dem Boden, verdrängen die angestammte bäuerliche Landwirtschaft mit flächengebundener Tierhaltung und zerstören den Außenbereich mit seinen wichtigen Funktionen für Natur und Naherholung. Das gilt insbesondere für Regionen mit ohnehin hohen Viehdichten. So wurden aktuell allein im Münsterland 126 weitere Großmastställe beantragt. Die Menschen in Stadt und Land wollen diesen Wachstumswahn auf Kosten von Natur, Tier und Mensch nicht länger dulden.

Der Bundesregierung, namentlich Landwirtschaftsministerin Aigner und Bauminister Ramsauer, fällt als Antwort nichts Besseres ein, als Bebauungspläne an die viel zu hohen Grenzen, die eine UVP-Pflicht auslösen, zu koppeln. Ein sehr schwaches Schwert. Doch dem Deutschen Bauernverband ist auch das schon zu viel. Dieser versucht dagegen, im ländlichen Raum die Lage mit sogenannten Branchenvereinbarungen zwischen Bauernverband und Landkreisen zu beruhigen, nach dem Motto: Alles wird gut, wenn wir nur unsere Kommunikationsstrategie ändern. Doch für uns Grüne geht es nicht um Kommunikation sondern um Grundsätzliches: Es muss endlich Schluss sein mit der Ideologie vom „Wachsen oder Weichen“ und der damit einhergehenden agrarindustriellen Entwicklung.

- Die Intensivtierhaltungsanlagen nehmen benachbarten Bauernhöfen durch Ausschöpfung der Emissionsgrenzen jegliche Entwicklungsmöglichkeiten.
- Sie belasten das Grundwasser und benötigen eine hohe Wasserbereitstellung.
- Sie verursachen Gülleseen und massiven Gestank.
- Es entstehen erhebliche Gesundheitsrisiken durch Bioaerosole und Feinstaub.
- Der Artenschwund wird forciert: Dass seit 1990 mehr als eine Million Feldlerchen in unseren Feldern verstummt sind, ist nur **ein** deutliches Warnzeichen von vielen.

Der aktuelle Zustand ist unhaltbar. Die Expansion von Tierfabriken muss endlich eingedämmt werden. Leider kommt schwarz-gelb nicht zu dieser Erkenntnis und fährt unverdrossen den „Wir ernähren die Welt“-Ansatz. Dabei leben in Deutschland schon jetzt mehr als 160 Millionen Tiere und damit doppelt so viele Nutztiere wie Menschen. Daraus folgt im bundesweiten Mittel eine Nutztierdichte von ca. 450 Tieren/km² bei einer Bevölkerungsdichte von 229/km².

Die Grenzen der Selbstversorgung mit Fleisch wurden nach und nach überschritten, im Jahr 2000 waren es noch 89%, fünf Jahre später schon 99% und schließlich 2010 113%. Der Export von Schweinefleisch, der vor allem nach Russland und China geht, hat sich von 2001 bis 2010 mehr als verdreifacht, und der Export von Geflügelfleisch hat sich im selben Zeitraum mehr als verdoppelt. Diese immer neuen Rekorde werden von der Bundesregierung durch die Exportförderungsstrategie mit Geld unterstützt. Nur wir als Bündnis 90/Die Grünen stehen für den Gegenentwurf zur auf Massenproduktion fußenden Exportstrategie der Bundesregierung. Als einzige Partei in Deutschland fordern wir,

- die flächenungebundene, gewerbliche Landwirtschaft abzuschaffen
- den Immissionsschutz für Natur und Mensch zu verschärfen und
- die Bürgerrechte in Genehmigungsverfahren sowie die raumplanerischen Steuerungsmöglichkeiten für Kommunen zu verbessern.

Unsere Alternative heißt Klasse statt Masse – mit Natur, Tier und Mensch statt dagegen.

**Friedrich Ostendorff, MdB**

## Panel I : Konzepte gegen die weitere Expansion von Tierfabriken

In diesem Panel wurden alle relevanten Problemstellungen aus dem Bereich des Planungs– und Imissionsschutzrechtes, die mit Intensivtierhaltungsanlagen zusammenhängen, mit den TeilnehmerInnen diskutiert und offene Fragen geklärt.

Zuerst referierte **Prof. Dr. med. Thomas Eikmann** von der **Universität Gießen** über die Problematik der Bioaerosol-Immissionen. Er wies u.a. in seinem Vortrag darauf hin, dass in landwirtschaftlich geprägten Gebieten ortsübliche Konzentrationen nicht unbedingt unschädlich sind und in der Nähe von Intensivtierhaltungen Lungenentzündungen sowie insgesamt Infektionen der oberen Atemwege bei Asthmatikern häufiger vorkommen. Außerdem sind Menschen mit bestimmten Krankheiten, z.B. Diabetes, einem erhöhtem Risiko ausgesetzt. Insgesamt sind etwa 1/3 der Normalbevölkerung einem erhöhtem Risiko ausgesetzt.

Im Anschluss daran stellte **Udo Werner**, **wissenschaftlicher Mitarbeiter von Friedrich Ostendorff**, das 25-Punkte-Programm für den ländlichen Raum „Strategien gegen die Intensivtierhaltung“ von Friedrich Ostendorff vor. Die Kern-Forderungen, die sich aus seinem Vortrag ergeben, können wie folgt zusammengefasst werden: Ab einer bestimmten Tierplatzzahl sollen Intensivtierhaltungsanlagen zukünftig nur noch auf dem Weg eines Bebauungsplanes genehmigungsfähig sein, um den betroffenen Gemeinden ein sicheres Ruder zur Steuerung von Tierhaltungsanlagen zu geben, damit das unbegrenzte Wachstum gewerblicher Landwirtschaft auf ein verträgliches Maß reduziert wird und der Außenbereich mit seinen wichtigen Funktionen für Naherholung und Natur geschützt wird. Dabei soll das Baurecht mit dem Immissionsschutzrecht verzahnt werden. Die Schwellenwerte, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung oder eine immissionsschutzrechtliche Genehmigungspflicht auslösen, sollen um 50% reduziert werden, um den gravierenden Umweltbelastungen dieser Anlagen gerecht zu werden und den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern eine frühe Partizipation im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu ermöglichen. Zum Schutz von Umwelt, Natur und Menschen vor Luftbelastungen und Belästigungen sollen mit unterschiedlichen rechtlichen Änderungen Geruchsbelästigungen, Feinstaub– und Ammoniakemissionen reduziert werden.

Zum Schluss stellte **Klaus Richter** von der **„Bürgerinitiative für die Werterhaltung der Region Billerbeck“** seine Forderungen an die Politik in Land und Bund vor. Er forderte u.a. verbindliche Keimgutachten für genehmigungspflichtige Intensivtierhaltungsanlagen und prangerte die unzureichenden Bürgerechte im Rahmen von Genehmigungsverfahren an.

*Moderation:* **Friedrich Ostendorff MdB**
*Sprecher für Agrarpolitik*
*Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion*

## Verantwortungsvoller Umgang mit Antibiotika: Für eine gemeinsame Strategie von Human- und Veterinärmedizin

In Deutschland infizieren sich rund 4 Prozent aller stationären Patientinnen und Patienten und 15 Prozent aller Intensivpatientinnen und -patienten mit einem Multiresistenten Erreger (MRSA). Von den jährlich rund 40 000 Betroffenen sterben ca. 5 000 Menschen. Neben humanen Trägern sind in den vergangenen Jahren der veterinärmedizinische Bereich und die Landwirtschaft (z.B. Pferde, Schweine, Rinder) in das Blickfeld gerückt. Insbesondere Daten aus den Niederlanden und der Landwirtschaftskammer NRW konnten zeigen, dass in bis zu 60% der untersuchten Betriebe bei gesunden Schweinen MRSA nachgewiesen werden konnte. Von den regelmäßig mit den Tieren in Kontakt stehenden Landwirten sind bis zu 23% und von den Tierärzten 10% mit MRSA besiedelt, wenn auch nicht erkrankt.

Vergleiche zwischen Deutschland und den Vorreitern in der MRSA-Bekämpfung, Skandinavien und die Niederlande zeigen: Das Auftreten von MRSA ist nicht schicksalhaft und kann durch ein konsequentes Vorgehen auf einen Restanteil zurückgedrängt werden.

Wir Grünen fordern, den in den letzten Jahren zu beobachtenden bedenklichen Anstieg der MRSA-Besiedlung und –Erkrankungen durch konsequente Maßnahmen zu senken. Dabei können wir von unseren europäischen Nachbarn lernen. Im Münsterland wurde mit einer grenzüberschreitenden Netzwerkbildung zwischen allen AkteurInnen im MRSA-net-Projekt der EUREGIO-Region Münsterland/ Twente gute Erfahrungen gemacht. Diese gilt es nun auch auf andere Regionen zu übertragen. Zur Bekämpfung des MRSA-Keims in Kliniken brauchen wir ein Programm, das die Krankenhaushygiene durch eine rigorose Umsetzung von Hygienerichtlinien verbessert und eine rationale antibiotische Therapieempfehlung enthält. Besonders wichtig ist auch die gleichzeitige Aufklärung des Personals im Gesundheitswesen sowie der übrigen Bevölkerung. Außerdem brauchen wireine gesetzlichen Verpflichtung zum Screening von Risikopatientinnen und –patienten bei der stationären Aufnahme und im Falle der Besiedlung eine anschließendeMRSA-Behandlung vor dem eigentlichen Eingriff. Für uns Grüne steht zudem fest, dass die bloße Konzentration aller Anstrengungen auf den stationären Bereich nicht ausreichen wird, denn MRSA-Infektionen, die außerhalb des Krankenhauses erworben werden (CA-MRSA), nehmen stetig zu. Dementsprechend gilt es, die Maßnahmen auf den so genannten vor- und nachstationären Bereich auszuweiten.

Von herausragender Bedeutung ist auch ein veränderter Umgang mit Antibiotika. Die hohe Verschreibungspraxis in der Human- und Tiermedizin ist letztlich mitverantwortlich für die Herausbildung von resistenten Bakterienstämmen und wird von uns Grünen schon lange kritisiert. Antibiotika sind sowohl in der Human- wie auch der Tiermedizin wichtige, oft lebensrettende Medikamente. Es ist besorgniserregend, dass nur noch wenige Reserveantibiotika zur Behandlung multiresistenter Keime zur Verfügung stehen und auch in den nächsten Jahren nicht mit der Neuentwicklung antibiotischer Wirkklassen gerechnet werden kann

Als Gesundheitspolitikerin und Sprecherin für Prävention und Patientenrechte bin ich in besonderer Weise daran interessiert, den rationalen Einsatz von Antibiotika in der Human- und in der Tiermedizin durchzusetzen. Es bedarf eines Zusammendenkens von Agrar- und Gesundheitspolitik um den unkontrollierten, massenhaften und nicht-rationalen Einsatz von Antibiotika bei Mensch und Tier zu beenden. Antibiotikaresistenzen kennen keine Grenzen oder Verwaltungszuständigkeiten und keine Ressorts. Sie können von Tier auf Mensch und auch umkehrt übertragen werden. Deshalb brauchen wir endlich eine übergreifende Strategie in der Human- und in der Tiermedizin.

**Maria Klein-Schmeink, MdB**

## Panel II: Antibiotika in der Nutztierhaltung – welche Gesundheitsrisiken bestehen für den Menschen?

In diesem Panel wurde der skandalös hohe Antibiotika-Einsatz sowohl aus humanmedizinischer Sicht, als auch aus der Perspektive der Veterinärmedizin betrachtet.

**Dr. Robin Köck, Arzt an den Instituten für Hygiene und Medizinische Mikrobiologie des Universitätsklinikums Münster,** hat den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung und die Ausbreitung multiresistenter Keime hinsichtlich der gesundheitlichen Risiken für den Menschen analysiert. Dr. Köck berichtete, dass der Resistenzdruck u.a. durch Antibiotikaeinsatz in der Humanmedizin und Tierhaltung zunehme. Keime entwickelten immer mehr Resistenzen gegen Antibiotika, was die medizinische Behandlung erheblich erschwere. Das sei allein schon deshalb bedenklich, weil jede Stunde Verzögerung des Antibiotikatherapie-Beginns z.B. die Chance auf das Überleben einer Sepsis um 7,6% verringere. Der Eintrag multiresistenter Keime aus der Landwirtschaft wie dem LA-MRSA in Krankenhäuser sei deutschlandweit sehr unterschiedlich. Durchschnittlich liege der Anteil des LA-MRSA bei 1-2% aller menschlicher MRSA-Infektionen. In den Krankenhäusern des durch intensive Tierhaltung geprägten Münsterlandes seien hingegen ca. 10% der MRSA Infektionen auf LA-MRSA zurückzuführen; bei Untersuchung asymptomatischer Patienten bei Krankenhausaufnahme mittels Nasenabstrich seien ca. 1,6% der Menschen MRSA-Träger und hiervon bis zu 30% durch LA-MRSA besiedelt. Hauptrisikogruppen seien Tierhalter und deren Familien sowie Veterinäre. Der LA-MRSA führe bei einer Infektion grundsätzlich zu den gleichen teilweise schweren Krankheitsverläufen wie der allgemein bekannte Krankenhauskeim. Als insgesamt noch gefährlicher stufte Köck die Entwicklung der ESBL-Keime ein (ESBL= Extended-Spectrum-Beta-Lactamasen), bei denen der Eintrag in Krankenhäuser in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen sei. Der Zusammenhang der Epidemiologie von ESBL mit der Tierhaltung sei jedoch weniger eindeutig; ein Teil der menschlichen Infektionen könnte auf Tierkontakt zurückzuführen sein. Wichtige Ansätze zur Verbesserung der Resistenzsituation sieht Dr. Köck im sinnvollen, rationalen Umgang mit Antibiotika in der Human- und Tiermedizin

Im Anschluss an Dr. Köck bewerteten **die Veterinäre Dr. Norbert Roers** und **Dr. Ines Advena** den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung. Dr. Roers führte aus, dass es in der Tierhaltung schon seit langer Zeit ein erhebliches Antibiotikaproblem gäbe. Die jüngsten Zahlen des BVL hätten gezeigt, dass Deutschland mit 1734 Tonnen Jahresverbrauch Antibiotika in der Veterinärmedizin die Spitzenposition in Europa einnehme. Vor allem die Niederlande und Dänemark seien bei der Bekämpfung des Antibiotikamissbrauchs deutlich weiter als Deutschland. Für Deutschland forderte Roers endlich ein entschlossenes Vorgehen. Roers schlug eine zentrale Tiergesundheitsdatenbank und somit einen integrierten Ansatz bei der Erfassung vor. Die Antibiotika müssten zudem aus dem Dispensierrecht herausgelöst und zu Festpreisen über staatliche Clearingstellen vertrieben werden. VerbraucherInnen müssten auf jeder Fleischpackung über den Antibiotikagehalt (AB-Quotient) und die Haltungsbedingungen (Tiergerechtigkeitsindex) informiert werden. Das alles werde dazu führen, das Fleisch teurer werde. Er sprach von einem Segment zwischen konventionellem und Biofleisch. Dr. Advena kritisierte in ihrem Referat die Struktur der Veterinärämter, die in vielen Kreisen eher eingebunden in die Strategien der Wirtschaftsförderung seien, als dass sie effektiv die tierschutzgerechte Haltung überprüfen würden. 80% der Arbeit in den Veterinärämtern sei Bürokratie und nur 20% gehe in die Betreuung der Tiere. Generell vertrat Advena die Ansicht, dass es nur dann zu einer wirklichen Reduktion des Antibiotikaeinsatzes kommen werde, wenn die Tierhaltung grundsätzlich umgestellt würde und es zu einer Absenkung der Tierplatzzahlen käme. Das System der industriellen Massentierhaltung müsse überwunden werden.

*Moderation:* **Maria Klein-Schmeink MdB**
*Sprecherin für Prävention und Patientenrechte*

## Impulse für eine nachhaltige und ökologische Lebensmittelproduktion setzen

Die derzeit vorherrschende Form der Landwirtschaft, ihr Umgang mit Böden und Tieren, stehen massiv in der gesellschaftlichen Kritik. Die Auswirkungen auf Umwelt, Menschen und Tiere sind so extrem, dass ein einfaches „Weiter so!“ von den Menschen abgelehnt wird. Im Gegenteil: Die Forderungen nach einer anderen Landwirtschaft sind aktuell so intensiv wie noch nie. Und auch Rekordauflagenhöhen von Zeitschriften wie der „Landlust“ (1,085 Mio. Exemplare) drücken letztlich den tiefen Wunsch vieler Menschen nach einer heilen ländlichen Welt – d.h. nach einer Landwirtschaft, die wieder im Einklang mit Natur, Tieren und Landschaft wirtschaftet – aus.

Die Zeit ist also reif für eine andere, eine extensivere und nachhaltigere Landwirtschaft. Das Ziel grüner Politik, Landwirtschaft stärker ökologisch auszurichten und die Tierhaltung artgerechter zu gestalten, kann aber nur dann funktionieren, wenn der damit verbundene Mehraufwand den Bäuerinnen und Bauern bezahlt wird.

Dafür ist eine funktionierende Vermarktung für diese hochwertigen Agrarprodukte unbedingt notwendig, um in einer modernen Industriegesellschaft die Verbindung zwischen der Landwirtschaft und den Endverbrauchern herzustellen. Dabei sind viele Wege denkbar, von der Direktvermarktung durch die Betriebe selber bis hin zur Vermarktung über Supermärkte. Ohne eine erfolgreiche Vermarktung scheitern letztlich alle Versuche, Bäuerinnen und Bauern davon zu überzeugen, dass es für sie interessant sein könnte, ihre Betriebe auf eine nachhaltigere, ökologischere oder artgerechtere Produktion umzustellen.

Für die Politik sehe ich in nächster Zeit fünf Hauptaufgaben:

1. Wir müssen klare Kriterien für eine artgerechte und nachhaltige Produktion auch außerhalb des Biosektors definieren, die sich mit den gesellschaftlichen Vorstellungen decken.

2. Wir müssen Klarheit und Wahrheit in der Werbung schaffen. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen wissen, was sie einkaufen.

3. Bildungspolitik: Das Wissen um Ernährung, Landwirtschaft und Lebensmittel muss in der Gesellschaft wieder verbessert werden.

4. Wer auf Kosten von Umwelt, Tier und Gesellschaft produziert, darf nicht weiter belohnt werden. Ordnungspolitik muss dafür sorgen, dass Lebensmittelpreise die Wahrheit wiedergeben.

5. Großabnehmer müssen mobilisiert werden für die Abnahme von regionalen Produkten.

## Panel III: Erzeugung und Vermarktung von guten Lebensmitteln – welchen Rahmen muss die Politik setzen?

Zunächst stellte **Stefanie Strotdrees (Bioland)** ihren „Selbstversuch in der Praxis“ vor, indem sie über die tägliche Arbeit auf ihrem Biolandhof berichtete. Für eine erfolgreiche Bewirtschaftung sei es wichtig, Tradition mit neuen Wegen zu verbinden und neue Produktionsmethoden für heutige Bedingungen zu finden. Dabei sei nicht entscheidend, ob Bioprodukte gesünder seien, sondern dass die Bodenfruchtbarkeit erhalten bliebe (Fruchtfolge, eigener Dünger, heimische Eiweißoffensive) und dass die Eingriffe am Tier so minimal wie möglich gehalten würden. Dabei sei Weidehaltung und Grünlandpflege ein Muss. Durch die Hühnerhaltung in einem mobilen Stall könne jeder sehen, wie es den Tieren gehe.

Als Kernforderungen an die Politik nannte sie:
1. Stärkere Förderung von Hofbesichtigungen als Bildungsarbeit für Kindergärten und Schulen.
2. Bessere Versorgung von Schul- und Kindergartenküchen mit regionalen und biologischen Lebensmitteln.
3. Förderung der Umstellung von Betrieben der Gemeinschaftsverpflegung auf Bioprodukte.
4. Förderung von handwerklichen Verarbeitern auf lokaler Ebene, Förderung „alter“ Handwerke.
5. Verstärkung der Lehreinheiten zu ökologischer Landwirtschaft in den Berufs- und anderen landwirtschaftlichen Schulen.

**Hugo Gödde (Neuland)** wies in seinem anschließenden Vortrag darauf hin, dass das Neuland-Konzept durch einen Genossenschaftsbetrieb ins Leben gerufen wurde, an dem über 100 Betriebe beteiligt seien. Dennoch fülle man auch nach über 20 Jahren nur eine kleine Nische aus. Hohe Tierschutzstandards, einheimisches Futter, kurze Transportzeiten, Verbot von Gentechnik und der Verzicht von Geschmacksverstärkern und Nitritpökelsalz zeichneten die Neuland-Qualität aus. Bei der Belieferung von Mensen sähe er noch große Potentiale, jedoch gäbe es preisliche Hürden. Das Haupthindernis bestehe jedoch nach wie vor „in den Köpfen“, obwohl enorme Wachstumszahlen beim Kauf von Neuland- und Biofleisch zu verzeichnen seien. Neuland wirtschafte schon jetzt regional, bäuerlich, fair und transparent.

**Michael Radau (BioSupermarkt)** mahnte die Professionalität als Schlüsselfaktor des Erfolgs an. Der Erfolg der BioSupermarkt-Kette basiere auf perfekter Präsentation der Ware. Man müsse aufzeigen, dass Ökologie und Ökonomie gut zusammenwirken, und vermitteln, dass das Preis-Leistungsverhältnis bei verändertem Ernährungsverhalten und einer anderen Esskultur stimmt.
Als Kernforderungen an die Politik benannte er:
1. Die verbindliche Einführung des Schulfaches „Ernährungskompetenz“, allein schon aus Lebensmittelsicherheitsgründen,
2. klare und eindeutige Regelungen zu irreführender Lebensmittelwerbung und
3. das stärkere Arbeiten mit Vorbildern (z.B. Promis, die fairtrade kaufen etc.).

In der sich anschließenden Diskussion wurde von einigen TeilnehmerInnen die Einseitigkeit bemängelt, Bio gegen Konventionell zu stellen. In der Tat wurde deutlich, dass es für die konventionell wirtschaftenden Betriebe zu wenig Profilierungsmöglichkeiten gäbe, dass die Bandbreite im konventionellen Handel so breit sei (vom kleinen bis zum Massentierhaltungsbetrieb). Um aber aus der „gut und schlecht“-Diskussion herauszukommen, bedürfe es einer eigenen Vermarktung von „kleinen konventionellen Erzeugern“ und klarer Kriterien für eine artgerechte und nachhaltige Produktion auch außerhalb des Biosektors (wo fängt Massentierhaltung an, wo hört sie auf (z.B. auch im Biosektor)?). Außerdem sei ein Markt, der sich für diese „gehobenen“ konventionellen Produkte öffne, erforderlich.

Ein weiterer Diskussionsschwerpunkt bezog sich auf die derzeitige Pachtpreisproblematik. In diesem Zusammenhang sei es schwer, die eigenen Futtergrundlagen zu gewährleisten und eine Flächenbindung für Stallbauten zu fordern. Ziel müsse es sein, die Pachtpreise wieder auf ein „normales Niveau“ zu bringen.

*Moderation:* **Norwich Rüße MdL**
*Sprecher für Agrarpolitik*

## Plädoyer für eine tier-, menschen-, umwelt- und klimagerechte Nutztierhaltung

„Alle reden von der Energiewende... aber immer mehr Menschen reden auch von einer längst überfallligen Ernährungswende“, so Johannes Remmel zu Beginn seines Redebeitrages. Immer mehr Menschen, so führte Remmel weiter aus, wollen wieder mit gutem Gefühl und mit gutem Gewissen einkaufen, sich ernähren und dabei Rücksicht auf Klima, Umwelt und das Gebot internationaler Gerechtigkeit nehmen. Deshalb brauche es in Bezug auf unsere Lebensmittel nicht nur eine Wertschöpfungskette, sondern auch eine Wertschätzungskette.

In der Kritik stehe insbesondere die „industrielle Fleischproduktion“. Denn sie führe zu Fehlentwicklungen in der Tierhaltung, trage zur Umwelt- und Naturzerstörung bei und beschleunige den Klimawandel. Sie zerstöre landwirtschaftliche Strukturen, unterbreche regionale Kreisläufe und unterwerfe Landwirtinnen und Landwirte einer unter dem Diktat des Handels stehenden Produktion. Gentechnische Manipulationen würden ihre Spuren hinterlassen. Antibiotika würden zum Trainingsreiz für Bakterien – mit fatalen Folgen für die Menschen. Eine verfehlte Subventionspolitik führe zu Überproduktion, die ihrerseits zur Fehlsteuerung einer globalen Ernährungssituation beitrage.

Für Remmel folgt aus diesem Befund: „Wir brauchen einen Paradigmenwechsel weg von der massenhaften industriellen Landwirtschaft hin zu einer nachhaltigen, tier-, menschen-, umwelt- und klimagerechten bäuerlichen und regionalen Wertschöpfung!“ All diese Aspekte ließen sich unter dem Begriff „Ernährungswende“ zusammenfassen. Der Begriff „Ernährungswende“ sei - durchaus mit Absicht -als Pendant zur beschleunigten „Energiewende“ gewählt. Ihr gemeinsamer Nenner heiße Nachhaltigkeit.
Die dafür zur Verfügung stehenden Instrumente müssten auch im Land genutzt werde, was die Landesregierung auch tue:

Die Schwerpunkte seien:

- Regionalplanung und Immissionsschutzrecht
- Steuerung auf kommunaler (Bebauungsplan) und regionaler Ebene (Regionalpläne)
- Beendigung jeglicher staatlicher Förderung industrieller Fleischproduktion
- konsequente Umsetzung des Staatsziels Tierschutz im Tierschutzrecht und im Rechtsvollzug
- das Arzneimittelgesetz.

„Die agrarpolitischen Bretter, die wir bohren, sind dick! Aber wir bohren – und unser Ziel ist klar: die Überwindung einer industrialisierten Landwirtschaft!“, so Remmel schließlich. Mehr Tiergerechtigkeit, mehr Verbrauchergerechtigkeit!, Mehr UmweltKlimagerechtigkeit seien dabei die Ziele seiner Politik.

**Johannes Remmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NR

## Podiumsdiskussion: Landwirtschaft der Zukunft – Tierhaltung im Spannungsfeld von Umwelt-, Verbraucher- und Erzeugerinteressen

Zum Abschluss der Fachtagung fand unter Moderation von **Malte Hinz** (Chefredakteur der Westfälischen Rundschau) eine Podiumsdiskussion zum Thema „Landwirtschaft der Zukunft – Tierhaltung im Spannungsfeld von Umwelt-, Verbraucher- und Erzeugerinteressen?“ statt.

Auf dem Podium diskutierten:

- **Johannes Remmel** (Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen)
- **Nicole Maisch** (MdB, Sprecherin für Verbraucherschutz der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen)
- **Ralf Bilke** (Agrarreferent BUND – NRW)
- **Johannes Röring** (MdB, Präsident Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband)
- **Bernd Schmitz** (Vorsitzender Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft NRW)

Als zentrales Diskussionsthema erwies sich auf dem Podium schnell die Frage danach, ob und wie eine ökologische Landwirtschaft in Deutschland gestaltet werden könnte. NRW-Minister **Remmel** verwies diesbezüglich auf erste Versuche in der Geflügelmast, auch in der konventionellen Tierhaltung eine ökologisch verträgliche Haltung zu gestalten. Ganz im Gegenteil müssten die gesetzlichen Haltungsbedingung (wieder) an die Bedürfnisse der Tiere angepasst werden. Der unvermeidliche Preisanstieg für Fleisch würde dann auch von den VerbraucherInnen mitgetragen. Landwirtschaftspräsident **Röring** betonte anschließend, dass für Landwirte die Gesundheit des Viehs auch heute schon im Mittelpunkt stehe. Dementsprechend sei es unangebracht, den Einsatz von Antibiotika zu beanstanden. Bei Krankheit im Viehbestand müsse gehandelt werden, sowohl in der konventionellen als auch in der ökologischen Tierhaltung. Sowohl die Bundestagsabgeordnete Maisch, als auch BUND-Vertreter **Bilke** argumentierten dagegen, dass die flächendeckende Behandlung gesamter Bestände aus Verbrauchersicht durchaus in Frage gestellt werden muss. Das strukturelle Problem von Haltungsformen, die Tiere krank machen, könnte auch von Landwirten nicht durch ein noch so gutes Management beseitigt werden. Klar stellte schließlich auch **Bernd Schmitz**, dass nicht den Landwirte die Schuld an den Probleme in der Massentierhaltung gegeben werde kann. Allerdings müssten auch sie endlich die Abkehr einer Politik des Wachstums durch Export fokussieren. Im internationalen Wettbewerb wird sich die deutsche Fleischproduktion nur durch Qualität von ausländischen Herstellern abheben.

Nach kurzer Zusammenfassung der Tagungsergebnisse leitete Moderator Hinz die Abschlussrunde unter der Fragestellung ein: „Wie sehen Sie die Landwirtschaft in Deutschland in etwa 15 Jahren?“

BUND-Vertreter Ralf Bilke erörterte seine Vision einer landwirtschaftlichen Produktion, welche (nahezu) ohne den Verbrauch von Erdöl auskommen würde. Zudem äußerte er den Wunsch, dass möglichst viele kleine Betriebe erhalten bleiben. Dieser Hoffnung schloss sich auch die grüne Bundestagsabgeordnete Nicole Maisch an. In regionalen Kreisläufen, von einem hohen Anteil an Eigenfutteranbau bis zur regionalen Vermarktung sollten Verbraucher qualitativ hochwertige landwirtschaftliche Produkte zu fairen Preisen erwerben können. Anschließend verdeutlichte Minister Remmel die Vision einer nachhaltigen Landwirtschaft, in welcher auch Landwirte die lediglich im Nebenerwerb in bäuerlichen Betrieben arbeiten, eine Existenz ermöglicht würde. Schließlich stellte Johannes Röring die Forderung an die Politik, die Reglementierung für landwirtschaftliche Betriebe zurück zu fahren. Landwirte haben das Wissen und Interesse, um zum Wohle ihrer Betriebe und des Verbrauchers zu wirtschaften. Nur wenn die Selbstbestimmung wieder verstärkt Einzug in die Landwirtschaft halte, könnte auch die Jugend für eine Tätigkeit in diesem Bereich begeistert werden. In seinem Schlussstatement schloss sich Bernd Schmitz dem Wunsch nach solargestützten bäuerlichen Betrieben an und beschrieb Betriebsgemeinschaften als Lösungsansatz für den immer stärkeren Wettbewerb.

Als Fazit der Debatte kann die Einigkeit des Podiums darüber festgehalten werden, dass eine Wertschätzung der landwirtschaftlichen Arbeit auch mit einer angemessen Vergütung für die Produkte einhergehen muss. Eine Gesundheitserziehung, welche die Bedeutung qualitativ hochwertiger Lebensmittel herausstellt, muss darum nach Meinung aller DiskutantInnen schon im Kindesalter einsetzen.

**Johannes Remmel** *Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen*

**Nicole Maisch** *MdB Sprecherin für Verbraucherschutz Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion*

**Ralf Bilke** *Agrarreferent BUND-NRW*

**Johannes Röring** *Präsident Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband (WLV)*

**Bernd Schmitz** *Vorsitzender Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) NRW*

*Moderation:* **Malte Hinz**
*Chefredakteur Westfälische Rundschau*

## Podiumsdiskussion: Landwirtschaft der Zukunft ...

**Impressum**

**Herausgeber:** Bündnis 90/Die Grünen NRW, Bezirksverband Westfalen
c/o Adrian Mork, An der Körne 6, 59174 Kamen

**Layout:** Anke Schneider, Kamen

**Fotos:** Claudia Siekarski, Oliver Tjaden, Büro Klein-Schmeink und Büro Ostendorff

Gedruckt auf Recyclingpapier mit $CO^2$ Ausgleichs-Abgabe

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
Bezirksverband Westfalen